

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen
am Dienstag, **10.03.2026**, 17:05 Uhr - 20:30 Uhr,
Hauptausschusszimmer, 1. Etage, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der Fraktion GRÜNE:

Dominic Brauner, Maximilian Brinkmann-Brand, Mathilda Harbering, Lena Ilseemann, Friedhelm Kahrs-Ude, Knut Lehnardt, Dr. Leandra Praetzel

von der CDU-Fraktion:

Horst Karl Beitelhoff, Markus Deitermann, Alf Rüdiger Kaßenbrock, Dr. Hendrik Kohl, Claudia Krampe, Babette Lichtenstein van Lengerich

von der SPD-Fraktion:

Pauline Sofie Billstein, Finn-Louis Fischer, Christian Lür

von der Fraktion Die Linke:

Dr. Katharina Martinewski, Leonid Ormeloh

von der Fraktion Volt:

Andreas Hayden

von der Ratsgruppe FDP:

Claudia Grönefeld

von der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:

Sebastian Frie

Vertreter/innen des Jugendrates:

Andreas Hoesch (bis 18.00 Uhr einschl. TOP 4)

von der Verwaltung:

Johannes Ditz, Peter Driesch, Andrea Kretz, Ralf Krietemeyer, Arno Minas, Thomas Möller, Christian Niggemann, Gerhard Rüller, Nora Schraad, Simone Thiesing,

für die Schriftführung:

Claudia Lambert

Es fehlte/n:

Maren Berkenheide, Jacob Bohé Andreas Bracht, Stephan Brinktrine, Michael Krapp, Anna Marie Ptaszek, Tobias Stieb

Gäste:

Frau Sarah Henn – Fa. ENERKO, Herr Lennart Terjung – Stadtnetze Münster GmbH,
Herr Gerrit Möllers – Stadtwerke Münster GmbH

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen am 10.03.2026

Tagesordnung

1. Verpflichtung und Einführung neuer Mitglieder
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Einbringen von Eingaben
5. Umweltschutz, Klimaschutz und Baumaßnahmen
 - 5.1. 1. 143. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Münster im Stadtbezirk Münster-Mitte im Stadtteil Up-
penberg im Bereich der Sportanlage Wienburgstraße
Beschluss zur Änderung
2. Bebauungsplan Nr. 658: Sportanlage Wienburg-
straße
Beschluss zur Aufstellung
 - 5.2. 1. 85. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Münster im Stadtbezirk Münster-Südost im Stadtteil Gremmendorf-West im Bereich nordöstlich des Albersloher Wegs / südöstlich des Heumannswegs
Beschluss zur Änderung
2. Bebauungsplan Nr. 660: Heumannsweg / Albersloher Weg / Umgehungsbahn
Beschluss zur Aufstellung
[Gewerbegebiet]

V/0026/2026
III

V/0069/2026
III

<u>V/0053/2026</u> III	5.3.	Evaluation der Zulassung von Solaranlagen in Gebieten mit einer städtebaulichen Erhaltungssatzung
<u>V/0620/2025</u> III	5.4.	Innenstadt stärken: Umgestaltung und -nutzung Apostelgarten - Ergebnisse des partizipativen Planungsprozesses
<u>V/0670/2025</u> IV	5.5.	Neubau einer Beachvolleyballhalle zur Absicherung des Bundesstützpunktes Volleyball -Baubeschluss-
<u>V/0099/2026</u> VI	5.6.	Lamberti-Brunnen Grundsatzbeschluss zur Sanierung
<u>V/0006/2026</u> VI	5.7.	Baubeschluss Begegnungs- und Demokratieort im Yorkquartier
<u>V/0018/2026</u> VI	5.8.	Umbau und Sanierung der Bestandsgebäude zur Nutzung durch die Gesamtschule Münster-West in Roxel (2. und 5. Teilprojekt) - Baubeschluss -
<u>V/0033/2026</u> IV	5.9.	Neubau eines 3-zügigen Schulgebäudes für die Matthias-Claudius-Grundschule Handorf - Baubeschluss -
	6.	Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2026/2027 sowie des Finanz- und Investitionsplanes 2026 ff.
	7.	Beantwortung von Anfragen und Beratung von Anträgen
	8.	Verschiedenes

Frau Praetzel eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Verpflichtung und Einführung neuer Mitglieder

Herr Sebastian Frie wurde verpflichtet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Frau Harbering schlug vor, die Vorlage 0026/2026 (TOP 6.1) ohne Beschlussfassung zu schieben.

Frau Lichtenstein van Lengerich schlug vor, die Vorlage 0069/2026 (TOP 6.2) ebenfalls ohne Beschlussfassung zu schieben.

Der Ausschuss stimmte beiden Vorschlägen zu.

Punkt 3 der Tagesordnung**Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Minas kündigte einen Videotermin zum Thema Brunnensanierung an, ein Termin stehe allerdings noch nicht fest.

Herr Möller kündigte für die nächste Beratungskette eine Beschlussvorlage zur Kommunalen Wärmeplanung an. Da das Thema sehr komplex ist, erläuterte Frau Henn (Fa. ENERKO) zusammen mit Herrn Terjung von der Stadtnetze GmbH anhand einer Präsentation (Anlage) die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung.

Punkt 4 der Tagesordnung**Einbringen von Eingaben**

Es lagen mehrere Anträge der Parteien zu verschiedenen Tagesordnungspunkten vor. Diese wurden bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten eingebracht und vorgestellt.

Punkt 5 der Tagesordnung**Umweltschutz, Klimaschutz und Baumaßnahmen****Punkt 5.1 der Tagesordnung
V/0026/2026**

1. 143. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Münster im Stadtbezirk Münster-Mitte im Stadtteil Uppenberg im Bereich der Sportanlage Wienburgstraße
Beschluss zur Änderung
2. Bebauungsplan Nr. 658: Sportanlage Wienburgstraße
Beschluss zur Aufstellung

Frau Schraad vom Stadtplanungsamt stellte die Vorlage mit einer Präsentation (Anlage) vor. Es wurde Unterstützung für das Vorhaben signalisiert. Jedoch wurde großer Wert auf einen Erhalt der Bäume gelegt und die Erschließung sollte so erfolgen, dass der PKW-Verkehr auf ein Minimum reduziert wird.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 5.2 der Tagesordnung
V/0069/2026**

1. 85. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Münster im Stadtbezirk Münster-Südost im Stadtteil Gremmendorf-West im Bereich nordöstlich des Albersloher Wegs / südöstlich des Heumannswegs
Beschluss zur Änderung
2. Bebauungsplan Nr. 660: Heumannsweg / Albersloher Weg / Umgebungsbahn
Beschluss zur Aufstellung
[Gewerbegebiet]

Herr Brinkmann-Brand brachte einen Änderungsantrag von Grüne, SPD und Volt ein:

„Unter I. Sachentscheidung wird ergänzt:

NEU 3. In Flächen des Biotopverbundes und in den Grünzug wird nicht eingegriffen. Die prognostizierte Entstehung eines thermischen Belastungsschwerpunkts wird durch städtebauliche Maßnahmen verhindert. Die bestehenden Gehölzstrukturen im Plangebiet bleiben erhalten.

NEU 4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Ratsantrag 29/2023 "Wirtschaft fördern - Gewerbeflächenentwicklung zielgenau und nachhaltig gestalten" bis Ende des 3. Quartals 2026 zu bearbeiten und einen Beschlussvorschlag vorzulegen, damit dies bei der Entwicklung der Fläche in Hinblick auf nachhaltige und klimagerechte Gewerbeentwicklung als qualitativer Leitmaßstab gelten kann.“

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 5.3 der Tagesordnung
V/0053/2026**

Evaluation der Zulassung von Solaranlagen in Gebieten mit einer städtebaulichen Erhaltungssatzung

Frau Lichtenstein van Lengerich kündigte für den Ausschuss für Wohnen, Stadtplanung und Stadtentwicklung einen Antrag zu Änderung an.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 5.4 der Tagesordnung
V/0620/2025**

Innenstadt stärken: Umgestaltung und -nutzung Apostelgarten - Ergebnisse des partizipativen Planungsprozesses

Frau Lichtenstein van Lengerich stellte einen Änderungsantrag der CDU vor:

„Der Beschlussvorschlag wird unter Ziffer I. Sachentscheidung um folgende Punkte ergänzt:

5.

Der Rat der Stadt Münster stellt fest, dass bei der Weiterentwicklung der öffentlichen Brunnenanlagen der Grundsatz „Bestandspflege vor Neubau“ gilt. Ein Neubau grundsätzlicher Brunnenanlagen erfolgt daher erst, nachdem die Sanierung der bestehenden öffentlichen Brunnenanlagen abgearbeitet ist.

6.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der weiteren Konkretisierung der Planungen sicherzustellen, dass ein etwaiger zusätzlicher Aufwand für die Grünpflege im Apostelgarten nicht zu Lasten bestehender Grünflächen im Stadtgebiet erfolgt. Der entstehende Mehraufwand ist nachvollziehbar darzustellen und additiv zu finanzieren, sodass Pflege- und Qualitätsstandards auf bestehenden Flächen nicht beeinträchtigt werden.“

Frau Thiesing vom Stadtplanungsamt erklärte, dass es sich um die Sanierung des Bestandsbrunnens Neubrückerstraße mit einer Erweiterung um ein Wasserspiel handelt.

Frau Grönefeld bittet um punktweise Abstimmung über den Änderungsantrag. Dem wurde zugestimmt.

Punkt 5 des Änderungsantrages wurde mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen: CDU; Nein-Stimmen: Grüne, SPD, Volt, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP, FDP)

Punkt 6 des Änderungsantrages wurde bei einer Enthaltung ebenfalls mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen: CDU; Nein-Stimmen: Grüne, SPD, Volt, Die Linke, Die PARTEI/ÖPD; Enthaltung: FDP).

Der Ausschuss beschloss einstimmig bei 6 Enthaltungen (CDU), dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen.

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster würdigt den partizipativen Planungsprozess für den Apostelgarten mit breitem Beteiligungsangebot sowie das darin eingebrachte hohe Engagement der Evangelischen Apostelkirchengemeinde, des Kiepenkerl e. V., der weiteren Anliegerinnen und Anlieger und der Stadtgesellschaft.
2. Der Rat der Stadt Münster nimmt das Konzept zur Umnutzung und -gestaltung des Apostelgartens als Leitlinie für die weiteren Planungsschritte zur Kenntnis.
3. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass für die weiteren Planungsschritte sowie die bauliche Umsetzung der Umgestaltung des Apostelgartens Städtebaufördermittel des Landes NRW bewilligt wurden.
4. Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung damit, die für die weitere Beantragung von Städtebaufördermitteln erforderlichen nächsten Planungsschritte zu veranlassen und durchzuführen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen			
Investitionsmaßnahme	6020	Umgestaltung und -nutzung Apostelgarten INSEK			
Auszahlungen			2025 2026 2027 2028 2029 2030	100.000 100.000 50.000 0 2.000.000 975.000	
Einzahlungen			2025 2026 2027 2028 2029 2030	60.000 60.000 30.000 0 1.200.000 585.000	
Investitionsmaßnahme	5970	Sanierung Brunnen STEP2			Anteil Neubrü- ckenstraßen- brunnen
Auszahlungen			2026 2027 2028	36.840 0 191.160	
Einzahlungen			2026	22.104	

			2027	0	
			2028	114.696	
Saldo				1.381.200	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bei den o. g. Investitionsmaßnahmen veranschlagt.

**Punkt 5.5 der Tagesordnung
V/0670/2025**

**Neubau einer Beachvolleyballhalle zur Absiche-
rung des Bundesstützpunktes Volleyball
-Baubeschluss-**

Der Ausschuss beschloss einstimmig bei 3 Enthaltungen (Die PARTEI/ÖDP, Die Linke), dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen.

I. Sachentscheidung:

1. Die Baumaßnahme „Neubau einer Beachvolleyballhalle zur Absicherung des Bundesstützpunktes Volleyball“ wird nach den Plänen der Bauwerke Münster GmbH gemäß Baugenehmigung vom 18.12.2024 ausgeführt (Anlage 1).
2. Die Gestaltung der Freianlagen wird durch die Bauwerke Münster GmbH umgesetzt (Anlage 2).
3. Die Baumaßnahme wird mit einem Investitionsvolumen von 7.768.000 Euro brutto auf Basis der Kostenberechnung vom 15.01.2026 nach DIN 276 umgesetzt (Anlage 3). Entsprechend dem Beschluss V/0599/2024 wird die Reduktionsvariante zur Umsetzung vorgeschlagen, indem die unter Ziffer II. der Begründung genannte Maßnahme aufgegriffen wird.
4. Die „Checklisten nachhaltiges Bauen“ aus den Gebäudeleitlinien werden zur Kenntnis genommen (Anlage 4). Die Gebäudeleitlinien 2020 der Stadt Münster sind berücksichtigt.
5. Die Checkliste „Barrierefreiheit / Design für alle“ zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderung wird zur Kenntnis genommen (Anlage 5).
6. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit der Errichtung der Beachvolleyballhalle im IV. Quartal 2026 begonnen werden soll. Die Fertigstellung des Neubaus ist planmäßig im I. Quartal 2028 vorgesehen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass auf der Grundlage des Entwurfs gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 08.12.2025 des Büros Assmann Münster GmbH Investitionskosten unter Berücksichtigung der Einsparpotenziale in Höhe von 7.768.000 Euro brutto (gemäß Anlage 3) und darauf basierende Folgelastkosten in Höhe von 345.710 Euro brutto entstehen (Anlage 6).

2. Durch die Förderungen von Investitionsmaßnahmen an herausragenden Sportstätten in Nordrhein-Westfalen wird die Maßnahme mit einem einmaligen Zuwendungsbetrag in Höhe von 3.433.650 Euro brutto gefördert.

Die oben genannte Sachentscheidung ist wie folgt zu veranschlagen:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0801	Sportinfrastruktur, Sportförderung, Sportveranstaltungen			
Investitionsmaßnahme	4380	Beachvolleyballhalle			
Einzahlungen		aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2025 2026	2.738.190 695.460	Zuwendungen Land NRW
Summe Einzahlungen				3.433.650	
Auszahlungen		für Baumaßnahmen	Bisher bereitge- stellt	5.301.586	
			2026	2.466.414	
Summe Auszahlungen				7.768.000	
Saldo				4.334.350	

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2028 ff.	57.230	Folgeertrag
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2028 ff	179.030	Folgeaufwand
	14	Bilanzielle Abschreibung	2028 ff	135.370	Folgeaufwand
	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2028 ff	23.520	Folgeaufwand
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
Zeile	20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2028 ff.	65.020	Folgeaufwand

Die Folgelastenberechnung (Anlage Nr. 6) wird zur Kenntnis genommen.

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bei der / bei den o. g. Produktgruppe/n veranschlagt: Zu den Haushaltsberatungen wird die Verwaltung ein Veränderungsblatt zur Anpassung der Ansätze der Investitionsmaßnahme „Beachvolleyballhalle“ an die zu erwartenden investiven Einzahlungen und Auszahlungen vorlegen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026/2027 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Punkt 5.6 der Tagesordnung V/0099/2026

Lamberti-Brunnen Grundsatzbeschluss zur Sanierung

Herr Möllers (Stadtwerke GmbH) erläuterte anhand von Folien (Anlage) das geplante Vorgehen bei der Sanierung des Lamberti-Brunnens.

Nach Beantwortung von verschiedenen Fragen aus dem Gremium durch Herrn Möllers stellte Herr Lür den Änderungsantrag der Fraktion Grüne, SPD und Volt vor:

„I. Sachentscheidung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung des Lambertibrunnens unter den beschriebenen Herausforderungen fortzuführen.
2. Die Verwaltung kann unabhängig von dem noch ausstehenden Baubeschlusses die vorbereitenden Maßnahmen auf dem Lamberti-Kirchplatz durchführen.
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, zum Baubeschluss ein dauerhaftes Unterhaltungskonzept vorzulegen und die finanziellen Belastungen für den Haushalt darzustellen.**

II. Finanzielle Auswirkungen

Wie Vorlage“

Der Änderungsantrag wurde einstimmig bei einer Enthaltung (Die PARTEI/ÖDP) angenommen.

Dann beschloss der Ausschuss die geänderte Vorlage bei einer Enthaltung (Die PARTEI/ÖDP) einstimmig (unter Vorbehalt der Anhörung in der BV Münster-Mitte).

I. Sachentscheidung:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung des Lamberti-Brunnens unter den beschriebenen Herausforderungen fortzuführen.
- 2.) Der Verwaltung kann unabhängig des noch ausstehenden Baubeschlusses die vorbereitenden Maßnahmen auf dem Lamberti-Kirchplatz durchführen.
- 3.) **Die Verwaltung wird beauftragt, zum Baubeschluss ein dauerhaftes Unterhaltungskonzept vorzulegen und die finanziellen Belastungen für den Haushalt darzustellen.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass auf Basis der überarbeiteten Kostenschätzung Gesamtkosten in Höhe von 850.000,- € entstehen. Zur Finanzierung wird ein Zuschuss i.H.v. 370.000 € aus einer privaten Stiftung erwartet, sodass eine Investitionssumme von 480.000 € verbleibt, die aus städtischen Mitteln getragen werden muss.

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen			
Investitionsmaßnahme	5970	Sanierung Brunnen STEP 2			
Auszahlung			2026	160.000	
			2027	200.000	
Investitionsmaßnahme	0080	Wasser ist Leben			
Auszahlung			2027	80.000	
Investitionsmaßnahme	5990	Sanierung Brunnen Lambertikirchplatz			
Auszahlungen			2026	410.000	
Einzahlungen			2023- 2025	120.000	bereits ver- einnahmt
			2026	250.000	
Saldo				480.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bei der o. g. Produktgruppe grundsätzlich veranschlagt.

Der bei der Investitionsmaßnahme 5990 „Sanierung Brunnen Lambertikirchplatz“ gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bestehende Mehrbedarf in Höhe von 160.000 Euro wird durch das investive Budget des Dezernates für Wohnungsversorgung, Immobilien und Nachhaltigkeit getragen.

Die Verwaltung wird im Rahmen der Etatberatungen für den Haushalt 2026/2027 ein Veränderungsblatt einbringen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026/2027 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Punkt 5.7 der Tagesordnung V/0006/2026

Baubeschluss Begegnungs- und Demokratieort im Yorkquartier

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags zu empfehlen.

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat fasst den Baubeschluss zu Umbau und Sanierung des ehem. Offizierskasinos York zur zukünftigen Nutzung als „Begegnungs- und Demokratieort im Yorkquartier“. Der denkmalgerechte Umbau erfolgt auf Basis der Planungen von Bastian Architekten, Münster (Anlage 02).
2. Der Rat der Stadt Münster fasst den Baubeschluss zur Erneuerung und Umgestaltung der Außenanlagen des 2.Bauabschnitt Bürgerpark York nach dem Entwurf des Landschaftsarchitekturbüros f[R]p, Münster (Anlage 03). Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Sanierung des südlichen Abschnitts der Kasernenmauer gem. den Planungen des Ingenieurbüro Eggersmann, Warendorf bereits durchgeführt wird.
3. Der Rat beschließt, dass die Baumaßnahmen mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 9.679.000 € auf Basis der Kostenberechnungen vom 19.12.2025 nach DIN 276 umgesetzt wird (Anlage 06). Entsprechend dem Beschluss des Rates zur Vorlage V/0599/2024 wird eine Reduktionsvariante zur Umsetzung vorgeschlagen

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Investitionsmaßnahme	4260	Bürgerhaus York			
Auszahlungen			2025	1.370.000	
			2026	2.750.000	
			2027	4.500.000	
			2028	1.059.000	
Summe				9.679.000	
Einzahlungen			2025	500.000	
			2026	1.000.000	
			2027	2.450.000	
			2028	1.500.000	
Summe				5.450.000	
Saldo				4.229.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bei der o. g. Produktgruppen veranschlagt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2029 ff.	93.140	Ertrag
Zeile	13	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	2029 ff.	88.430	

Zeile	14	Bilanzielle Abschreibung	2029 ff.	132.680	
Zeile	16	Sonstiger ordentliche Aufwendungen	2029 ff.	95.350	
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
	20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2029 ff.	63.440	
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen			
Zeile	13	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	2029 ff.	22.990	
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibung	2029 ff.	95.790	
Zeile	16	Sonstiger ordentliche Aufwendungen	2099 ff	360	
Saldo				405.900	

Die Folgelastenberechnung (Anlage 07) wird zur Kenntnis genommen. In der Folgeaufwandsberechnung (Anlage 08) vom Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit wurden die zusätzlichen Aufwände zur langfristigen Instandhaltung und Pflege des Bürgerparks (2. Bauabschnitt) ermittelt.

**Punkt 5.8 der Tagesordnung
V/0018/2026**

**Umbau und Sanierung der Bestandsgebäude zur
Nutzung durch die Gesamtschule Münster-West in
Roxel (2. und 5. Teilprojekt) - Baubeschluss -**

Frau Grönefeld stellte den Änderungsantrag der FDP vor und erläuterte diesen ausführlich:

„Die Sachentscheidung wird wie folgt geändert:

Auf Grundlage des Beschlusses über die Vorlage V/0104/2022 sowie der Einstufung in Priorität A der strategischen Schulbauplanung (V/0650/2025) fasst der Rat den folgenden **Baubeschluss**:

1. Am Schulzentrum Roxel wird der Gebäudebestand aus den 1970er Jahren zur zukünftigen Nutzung durch die vierzügige Gesamtschule Münster-West (Übersichtsplan: Anlage 4) **nicht** nach dem Entwurf von SSP-Architekten (Anlage 1) mit einem Investitionsvolumen von rund 46.458.000 Euro auf Basis der Kostenberechnung nach DIN 276, Stand 03.02.2026 und Folgelasten von 2.169.060 Euro jährlich umgebaut und saniert (Anlagen 7 und 8). **Neu: Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, das Gebäude in einem – auch im Vergleich zu anderen städtischen Schulbaumaßnahmen – angemessenen Verhältnis hinsichtlich der Kosten und der Umweltbilanz für die künftige Nutzung herzurichten.**

2. Die Außenanlagen des Schulhofbereiches werden im Zuge der Entwicklung des Standortes zur Gesamtschule Münster-West **nicht** nach dem Entwurf des durch das Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit beauftragten Landschaftsarchitekturbüros nts Ingenieurgesellschaft mbH (Anlage 2) erneuert und umgestaltet. **Neu: Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, die Außenanlagen in einem – auch im Vergleich zu anderen städtischen Schulbaumaßnahmen – angemessenen Verhältnis hinsichtlich der Kosten für die künftige Nutzung herzurichten.**

3.-4. [wie Vorlage]“

Für Die PARTEI/ÖDP stellte Herr Frie den Änderungsantrag vor:

„Beschlussvorschlag:

1. Am Schulzentrum Roxel wird der Gebäudebestand aus den 1970er Jahren zur zukünftigen Nutzung durch die vierzügige Gesamtschule Münster-West (Übersichtsplan: Anlage 4) nach dem Entwurf von SSP-Architekten (Anlage 1) mit einem Investitionsvolumen von rund 46.458.000 Euro auf Basis der Kostenberechnung nach DIN 276, Stand 03.02.2026 und Folgekosten von 2.169.060 Euro jährlich umgebaut und saniert (Anlagen 7 und 8).

1a. Die PV-Anlage auf dem Dach des Gebäudes wird so konzipiert, dass sie die Dachfläche nach dem Wegfall des Gründaches optimal ausnutzt. Die Verwaltung legt den zuständigen Ausschüssen und dem Rat kurzfristig einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag vor.

2.-4.[..]“

Frau Harbering stellte den Änderungsantrag für die Fraktion Grüne, SPD und Volt vor:

„I. Sachentscheidung

1. und 2. wie Vorlage

3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Entwässerung des Regenwassers für die Gesamtliegenschaft (Sportflächen, Parkplätze, Schule) neu konzipiert werden muss. **Dabei sind die Niederschlagswässer der Dachflächen und der befestigten Flächen dezentral zur Versickerung zu bringen oder ortsnahe in ein Gewässer einzuleiten.** Die erforderlichen Planungsleistungen von 120.000 Euro sind Bestandteil dieses Beschlusses. Für die Umsetzung wird ein separater Baubeschluss erwirkt.

4. wie Vorlage

NEU 5. Der Verzicht auf das Gründach wird nicht umgesetzt. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 145.000 € sind innerhalb des investiven Budgets des Dezernates für Bildung, Jugend, Familie und Sport bereitzustellen.

II. Finanzielle Auswirkungen

Durch den Beschluss entstehen zusätzliche Kosten in Höhe von 145.000 €, die aus dem investiven Budget des Dezernates für Bildung, Jugend, Familie und Sport bereitzustellen sind.“

Zunächst wurde über den Antrag der FDP abgestimmt. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimme: FDP; Nein-Stimmen: Grüne, SPD, Volt, CDU, Die PARTEI/ÖDP, Die Linke).

Der Änderungsantrag der Fraktion Grüne, SPD und Volt wurde mehrheitlich angenommen (Ja-Stimmen: Grüne, SPD, Volt; Nein-Stimmen: CDU, FDP, Die PARTEI/ÖDP; Enthaltung: Die Linke).

Dann wurde über den Antrag von Die PARTEI/ÖDP abgestimmt. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimme: Die PARTEI/ÖDP; Nein-Stimmen: Grüne, SPD, Volt, CDU, FDP; Enthaltung: Die Linke).

Anschließend beschloss der Ausschuss mehrheitlich, dem Rat die Annahme des geänderten Beschlussvorschlages zu empfehlen (Ja-Stimmen: Grüne, SPD, Volt, CDU, Die PARTEI/ÖPD, Die Linke; Nein-Stimme: FDP).

I. Sachentscheidung:

Auf Grundlage des Beschlusses über die Vorlage V/0104/2022 sowie der Einstufung in Priorität A der strategischen Schulbauplanung (V/0650/2025) fasst der Rat den folgenden Baubeschluss:

1. Am Schulzentrum Roxel wird der Gebäudebestand aus den 1970er Jahren zur zukünftigen Nutzung durch die vierzügige Gesamtschule Münster-West (Übersichtsplan: Anlage 4) nach dem Entwurf von SSP-Architekten (Anlage 1) mit einem Investitionsvolumen von rund 46.458.000 Euro auf Basis der Kostenberechnung nach DIN 276, Stand 03.02.2026 und Folgekosten von 2.169.060 Euro jährlich umgebaut und saniert (Anlagen 7 und 8).
2. Die Außenanlagen des Schulhofbereiches werden im Zuge der Entwicklung des Standortes zur Gesamtschule Münster-West nach dem Entwurf des durch das Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit beauftragen Landschaftsarchitekturbüros nts Ingenieurgesellschaft mbH (Anlage 2) erneuert und umgestaltet.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Entwässerung des Regenwassers für die Gesamtliegenschaft (Sportflächen, Parkplätze, Schule) neu konzipiert werden muss. **Dabei sind die Niederschlagswässer der Dachflächen und der befestigten Flächen dezentral zur Versickerung zu bringen oder ortsnahe in ein Gewässer einzuleiten.** Die erforderlichen Planungsleistungen von 120.000 Euro sind Bestandteil dieses Beschlusses. Für die Umsetzung wird ein separater Baubeschluss erwirkt.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Gesamtprojekt „Gesamtschule Münster-West“ in mehrere Teilprojekte (Übersichtsplan: Anlage 4) aufgeteilt ist. Hierzu wurde bereits der Baubeschluss V/0202/2025/1 am 02.07.2025 gefasst, weitere Beschlüsse werden vorbereitet.

Neu 5. Der Verzicht auf das Gründach wird nicht umgesetzt. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 145.000 € sind innerhalb des investiven Budgets des Dezernates für Bildung, Jugend, Familie und Sport bereitzustellen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch den Beschluss entstehen zusätzliche Kosten in Höhe von 145.000 €, die aus dem investiven Budget des Dezernates für Bildung, Jugend, Familie und Sport bereitzustellen sind.

Die o.g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilfinanzplan				
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Bedarf €
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen		

Investitionsmaßnahme	6040	Gesamtschule Münster-West		Für die Teilprojekte 2 und 5 „Umbau & San. des Bestandsgebäude“ sowie Außenanlagen
Auszahlungen		für Baumaßnahmen	2026	10.271.000
			2027	15.931.000
			2028	15.922.200
			2029	2.830.000
		Für Beschaffungen	2028	1.503.800
Saldo Maßnahme				46.458.000

Bisher sind bei der Investitionsmaßnahme 6040 „Gesamtschule Münster-West“ die Mittel für die Startorganisation sowie den 1. BA (Neubau Mensa und Naturwissenschaftliche Fachräume), 6 Fertigbauklassen und vorbereitende Arbeiten für eine Schadstoffsanierung und den Rückbau bereitgestellt worden (vgl. Vorlage V/0202/2025/1).

Die zur Finanzierung des Teilprojektes 2 und 5 „Umbau und Sanierung des Bestandsgebäudes“ sowie Außenanlagen, die Inhalt dieser Vorlage sind, erforderlichen Ermächtigungen für die Jahre 2026 ff. in Höhe von insgesamt 46.458.000 € werden in Höhe von 44.138.000 € im investiven Budget des Dezernates für Bildung, Jugend, Familie und Sport aus der Investitionsmaßnahme 4720 „Planungs- und Baukosten Erweiterung Schulgebäude“ bereitgestellt. Der verbleibende Bedarf in Höhe von 2.320.000 € wird aus dem investiven Budget des Dezernates für Wohnungsvergung, Immobilien und Nachhaltigkeit aus der Investitionsmaßnahme 4210 „Maßnahmen zur Energieeinsparung“ finanziert.

Zur Anpassung der Haushaltsansätze für die Investitionsmaßnahmen 6040 und 4720 der Produktgruppe 0301 „Leistungen für Schulen“ sowie für die Investitionsmaßnahme 4210 der Produktgruppe 0111 „Immobilienmanagement“ wird die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die notwendigen Veränderungsblätter vorlegen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026/2027 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemer- kungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2028 ff	778.910	Folgeaufwand
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2028 ff.	685.320	Folgeaufwand
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schule			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2028 ff.	7.957	Folge-

					aufwand
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
Zeile	20	Zinsen und sonstige Finanz- aufwendungen	2028 ff.	696.870	Folge- aufwand
Summe aller Aufwendungen				2.169.060	

Die Folgelastenberechnung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.9 der Tagesordnung V/0033/2026	Neubau eines 3-zügigen Schulgebäudes für die Matthias- Claudius- Grundschule Handorf - Baubeschluss -
---	--

Frau Harbering stellte den Änderungsantrag von Grüne, SPD und Volt vor:

„I. Sachentscheidung

1. – 3. wie Vorlage

4. Die Baumaßnahme wird mit einem Investitionsvolumen von 32.361.000 € brutto auf Basis der Kostenberechnung vom 18.12.2025 nach DIN 276 umgesetzt (Anlage 3). Entsprechend dem Beschluss V/0599/2024 wird die Reduktionsvariante zur Umsetzung vorgeschlagen, indem die unter Ziffer II. der Begründung genannten Maßnahmen – **mit Ausnahme des Verzichts auf das Gründach** - aufgegriffen werden.

5. – 10. wie Vorlage

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Mehrkosten in Höhe von 120.120 € werden aus dem investiven Budget des Dezernats für Bildung, Jugend, Familie und Sport bereitgestellt.“

Herr Frie zog den vorliegenden Änderungsantrag von Die PARTEI/ÖDP zurück.

„Beschlussvorschlag:

1.-3.[..]

4. Die Baumaßnahme wird mit einem Investitionsvolumen von 32.361.000 € **32.481.120 €** brutto auf Basis der Kostenberechnung vom 18.12.2025 nach DIN 276 umgesetzt (Anlage 3). Entsprechend dem Beschluss V/0599/2024 wird die Reduktionsvariante **teilweise umgesetzt** zur Umsetzung vorgeschlagen, indem **nur der Verzicht auf dezentrale raumluftechnische Geräte in den Klassenräumen von den Maßnahmen** die unter Ziffer II. der Begründung genannten Maßnahmen aufgegriffen **wird** werden.“

Der Änderungsantrag von Grüne, SPD und Volt wurde mehrheitlich angenommen (Ja-Stimmen: Grüne, SPD, Volt, Die PARTEI/ÖDP, Die Linke; Nein-Stimmen: CDU, FDP).

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen.

I. Sachentscheidung:

Auf Grundlage der Beschlüsse V/0425/2020/1 und V/0420/2024 sowie der Einstufung der Maßnahme in Priorität A der strategischen Schulbauplanung (V/0650/2025) fasst der Rat den folgenden Baubeschluss.

1. Die Baumaßnahme „Neubau eines 3-zügigen Grundschulgebäudes“ für die Matthias-Claudius-Schule Handorf wird nach der Planung der Bauwerke Münster GmbH ausgeführt (Anlage 1).
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Bau der Sporthalle zu einem späteren Zeitpunkt zur Beschlussfassung vorgelegt wird.
3. Die Frei- und Verkehrsanlagen werden gemäß der Planung der Bauwerke Münster GmbH umgesetzt (Anlage 2).
4. Die Baumaßnahme wird mit einem Investitionsvolumen von 32.361.000 € brutto auf Basis der Kostenberechnung vom 18.12.2025 nach DIN 276 umgesetzt (Anlage 3). Entsprechend dem Beschluss V/0599/2024 wird die Reduktionsvariante zur Umsetzung vorgeschlagen, indem die unter Ziffer II. der Begründung genannten Maßnahmen – **mit Ausnahme des Verzichts auf das Gründach** - aufgegriffen werden.
5. Der Rat beschließt, dass der Bauantrag durch die Bauwerke Münster GmbH erstellt und eingereicht wird.
6. Die „Checkliste nachhaltiges Bauen“ aus den Gebäudeleitlinien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 4).
7. Die Checkliste „Barrierefreiheit/ Design für alle“ zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen wird zur Kenntnis genommen (Anlage 5).
8. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dem Bau der Grundschule im IV. Quartal 2026 begonnen werden soll. Die Fertigstellung des Neubaus der Grundschule wird voraussichtlich Ende des IV. Quartals 2028 erfolgen.
9. Es wird zur Kenntnis genommen, dass auf Grund der Flächenerweiterung durch den Neubau zur Schaffung der räumlichen Voraussetzungen einer dreizügigen Grundschule ab Fertigstellung gegenüber dem Ist-Wert am aktuellen Standort ein Mehrbedarf von 0,47 VZÄ für Personalstunden für Hausmeisterdienste anfällt. Der Rat befürwortet, dass ein Mehrbedarf in Höhe von 0,47 VZÄ für die Hausmeisterdienste sowie durch die Erhöhung der Zügigkeit 0,10 VZÄ für das Sekretariat im Rahmen der nächsten Stellenplanberatungen aufzunehmen ist. Sofern dem Verzicht auf dezentrale raumluftechnische Geräte in den Klassenräumen nicht zugestimmt wird, muss dieser Mehrbedarf der Hausmeisterdienste um 0,1 VZÄ auf 0,57 VZÄ angepasst werden.
10. Es wird zur Kenntnis genommen, dass Folgelasten in Höhe von 1.612.730 € brutto entstehen (Anlage 6).

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Mehrkosten in Höhe von 120.120 € werden aus dem investiven Budget des Dezernats für Bildung, Jugend, Familie und Sport bereitgestellt.

Die oben genannte Sachentscheidung (Neubau des Grundschulgebäudes ohne Sporthalle) ist wie folgt zu finanzieren:

	Nr.	Bezeichnung	Haushalts-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Investitionsmaßnahme	4890	Neubau Matthias-Claudius-Schule Handorf			
Auszahlungen		für Baumaßnahmen	Bisher bereitgestellt für das Schulgebäude	1.630.410	Zusätzl. bisher bereitgestellt für die Sporthalle 1.166.750 €, somit insgesamt 2.797.160 €
			2026	1.500.000	
			2027	13.500.000	
			2028	14.275.030	
			2029	744.660	
		für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2028	710.900	
Saldo Maßnahme (nur Schulgebäude ohne Sporthalle)				32.361.000	

Bisher sind bei der Investitionsmaßnahme 4890 „Neubau Matthias-Claudius-Schule Handorf“ Planungsmittel in Höhe von insgesamt 2.797.160 € bereitgestellt worden. Davon entfielen 1.166.750 € auf den Neubau der Sporthalle und 1.630.410 € auf den Neubau des Grundschulgebäudes.

Im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 sind keine weiteren Ermächtigungen zur Finanzierung der Investitionsmaßnahme veranschlagt.

Der Bedarf in Höhe von 30.730.590 € für die Realisierung des Projektes wird über das dafür vorgesehene investive Budget des Dezernates für Bildung, Jugend, Familie und Sport aus der Investitionsmaßnahme 4720 „Planungs- und Baukosten Erweiterung Schulgebäude“ kompensiert.

Die Haushaltsansätze für die o.g. Investitionsmaßnahmen 4890 und 4720 werden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen über Veränderungsblätter konkretisiert und angepasst.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussfassung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026/2027 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2029 ff.	34.890	Folgeaufwand

Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2029 ff.	628.530	Folgeaufwand
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2029 ff.	463.890	Folgeaufwand
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
Zeile	20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2029 ff.	485.420	Folgeaufwand
Summe aller Aufwendungen				1.612.730	

Die Folgelastenberechnung wird zur Kenntnis genommen (Anlage 6).

Punkt 6 der Tagesordnung Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2026/2027 sowie des Finanz- und Investitionsplanes 2026 ff.

Das Protokoll zu diesem Tagesordnungspunkt wurde von Andrea Kretz erstellt.

Frau Praetzel erläuterte, dass die Beratung des Haushalts anhand der von der Verwaltung erstellten Beratungsfahrpläne erfolgen solle.

Zunächst wurden die Änderungen in der Teilergebnisplanung in der Zuständigkeit des AUKB aufsteigend nach Produktgruppen beraten.

Produktgruppe 1003 – Wohnen

Dieser Teilplan ist dem AWSS zugeordnet. Der nachfolgende Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wird wegen seiner Bezüge zum Klimaschutz nachrichtlich beraten.

Maßnahme	45	zur	Finanzstabilität	(V/0637/2025)
Reduzierung Förderprogramm Klimafreundliche Wohngebäude um dauerhaft 440.000 € auf 2.510.000 €.				
Diese Maßnahme soll nicht umgesetzt werden.				

Der Antrag wurde mit 18 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 3 Ja-Stimmen (Fraktion Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) mehrheitlich abgelehnt.

Produktgruppe 1301 – Grün- und Freiflächen

Zu dieser Produktgruppe lag folgender Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion vor:

4. März 2026

Begleitantrag zum Haushalt

Klimaresilienz als Daseinsvorsorge: Münsters Grüne Wohnzimmer nicht länger vernachlässigen

In Zeiten des Klimawandels wird immer deutlicher: Münsters über 1000 Hektar Grünflächen den rund 920 Hektar Wald und den rund 207.000 Bäumen an Straßen kommt in Sachen Daseinsvorsorge und Lebensqualität eine hohe Bedeutung zu. Unsere rund 320 Parks, Spiel- und Sportplätze mit ihren rund 3.000 Bänken sind gerade in den Sommermonaten unentbehrliche „grüne Wohnzimmer“. Zusammen mit unseren Gewässern und Brunnen bieten Sie wertvolle Orte der Kühlung. Die Instandhaltung und Pflege dieser Orte ist unerlässlich; Die adäquate Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe zur Verbesserung der Klimaresilienz unserer Stadt gelingt der Verwaltung der Stadt Münster derzeit nicht. Die Haushaltspolitik der letzten Jahre hat die grüne und blaue Infrastruktur unserer wachsenden Stadt nicht adäquat berücksichtigt – sowohl was den Stellenplan, als auch was die verfügbaren konsumtiven Finanzmittel angeht.

- In den Jahren 2020 wurden insgesamt 40 Ha neue Grünflächen geschaffen. Allein durch die Konversionsflächen Oxford- und Yorkquartier und neue Bike- und Dirtparks sind rund 30 Hektar zu pflegende Grünflächen hinzugekommen, ergänzt durch diverse Spielplätze. 2026 sollen knapp 40 Ha neue zu pflegende Flächen folgen.
- Durch die Vielzahl an Neu- und Umbauten im Schulbau- und Kitabereich muss eine Vielzahl an neuen Grünanlagen regelmäßig gepflegt werden (Hoppengarten, Langebusch, Am Dornbusch, Zentrum Nord). Hinzu kommen weitere Freizeitflächen (Grünzug Hessenbusch, Beachanlage Berg Fidel und Steinfurter Str., Skateangebot Hiltrup und Meerwiese).
- Die Aufwertung innerstädtischer Quartiere bindet regelmäßig Ressourcen (Bsp: V/0660/2025 Umgestaltung Martiniviertel – jährliche Folgekosten im Amt 67 ca. 50.000 EUR).
- Jeder neu geschaffene Bikepark oder Spielplatz wird ebenfalls dauerhaft intensive Arbeit im Grünflächenamt erfordern.
- Jede neu aufgestellte Bank (Münster hat rund 3.000 Bänke davon) erzeugt jährliche Pflegekosten im dreistelligen Bereich.

1. Finanzielle Situation des Grünflächenamtes

1.1. Entwicklung der konsumtiven Mittel für das Grünflächenamt:

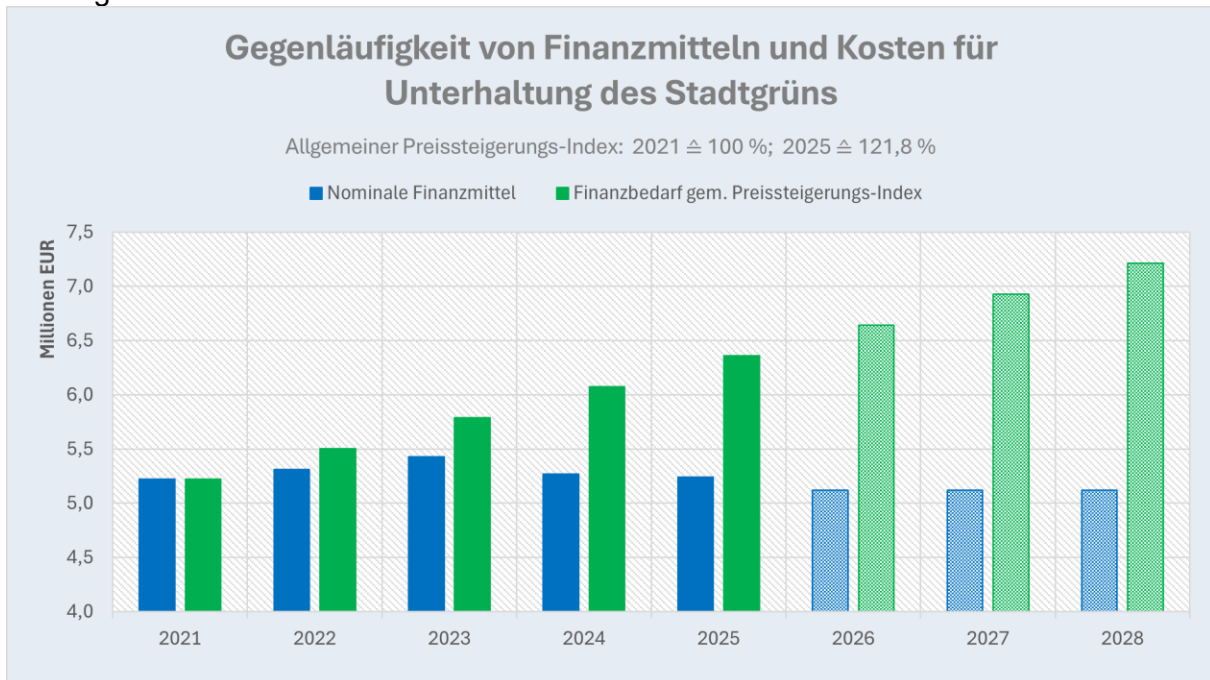
Die **Zahlen des Gemeindeprüfungsamtes zur Grünpflege** zeigen: Im Vergleich zu anderen Großstädten in NRW liegt Münster beim Verhältnis zwischen zu pflegender Fläche und verfügbaren Personalkapazitäten im unteren Quartil.

Jahr	Zur Verfügung stehende Finanzmittel pro qm in EUR			
	Münster	Medianwert der Vergleichsgruppe	Unteres Quartil der Vergleichsgruppe	Maximalwert
2011	0,89 EUR	1,04 EUR	0,88 EUR	1,64 EUR
2018	1,03 EUR	1,41 EUR	0,86 EUR	2,71 EUR
2023	1,10 EUR	1,50 EUR	1,02 EUR	4,36 EUR

Pflegeaufwendungen für Park- und Gartenanlagen, Spiel- und Bolzplätze
Quelle: GPA NRW

Der Zuwachs an Flächen und die gestiegenen Pflegekosten wurde seit 2021 im Haushalt nicht mehr berücksichtigt. Als Folge hat sich dadurch ein erhebliches infrastrukturelles und in Teilen auch sicherheitspolitisches Problem entwickelt. Exemplarisch sei der Bereich Baumpflege genannt. Die Stadt Münster läuft inzwischen Gefahr, ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Verkehrs-

sicherungspflicht bei der Baumpflege nicht mehr nachzukommen. Im Ernstfall entstehen hier Haftungsrisiken.



Stagnierende konsumtive Mittel für das Grünflächenamt

Die konsumtiven Finanzmittel im Haushalt (Produktgruppe 1301):

2021 5,2 Mio. EUR; **2022** 5,31 Mio. EUR; **2023** 5,3 Mio. EUR; **2024** 5,27 Mio. EUR; **2025** 5,24 Mio. EUR; **2026** 5,12 Mio. EUR; **2027** 5,12 Mio. EUR; **2028** 5,1 Mio. EUR

Der **allgemeine Preisanstieg** liegt laut statistischem Bundesamt zwischen 2021 und 2025 bei **21,8 Prozent**.

Es hätten also schon ohne Berücksichtigung des erfolgten Flächenzuwachses mindestens 1,2 Mio. EUR mehr in den Haushalt eingestellt werden müssen. Das ist nicht erfolgt.

1.2. Kosten für Grünpflegearbeiten stark gestiegen

Die Pflege von Münsters Grünflächen wird zum Teil von fest angestellten Kräften zum Teil von Fremdfirmen erledigt. Aufgaben, die besondere Kompetenzen erfordern, bleiben amtsintern. Die fremd vergebenen Arbeiten (Mäharbeiten, Heckenschnitt etc.) werden regelmäßig nach Pflegebezirk 1 bis 4 über einen Zeitraum von 4 Jahren als Paket ausgeschrieben. **Die Kosten für diese Pakete sind im Zeitraum 2020 bis 2025 um stark gestiegen. In einem der vier Vergabebezirke haben sich die Kosten von 2021 auf 2022 um 41 Prozent erhöht.**

1.3. Personalausstattung stagniert seit 2015

Das Grünflächenamt verfügt über 280 Mitarbeiter. Davon sind etwa 160 operativ in Neubau und Pflege des Stadtgrüns tätig. 120 Personen übernehmen Verwaltungsaufgaben. Hierin eingeschlossen sind diverse untere Behörden, die Friedhofsverwaltung und andere administrative Bereiche.

Im Stellenplan ist seit 2020 kein Zuwachs bei Amt 67 zu verzeichnen, abgesehen von 2,5 Stellen für die Baumschutzsatzung. Gleichwohl haben die zu pflegenden Flächen und Objekte stark zugenommen. Erst wenn dieses Personal verfügbar ist, können die vielen anstehenden Aufgaben wieder ansatzweise zeitgerecht erledigt werden. Es fehlt vor allem an Personal in folgenden Bereichen:

- Kontrolle von Bäumen (Besoldung E7, 5 Stellen), um der Verkehrssicherungspflicht zu genügen
- Kontrolle und Pflege von Spielplätzen (Besoldung E7, 4 Stellen), um die Sicherheit und den Umbau von Spielplätzen zu gewährleisten und
- für die Planung von Grünanlagen in Quartieren/ Spielplätzen/ Dirtparks etc. (Besoldung E11 4 Stellen),

Der Rat der Stadt Münster möge daher zum neuen Haushalt 2026/27 beschließen:

1. Münster bekennt sich zur Bedeutung seiner Grün- und Wasserflächen als zentralen Faktor zur Daseinsvorsorge im Bereich der städtischen Klimaresilienz.
2. Beim Aufwachsen der Pflege und Entwicklung der städtischen Grün- und Freiflächen haben zunächst die Aufgaben der Verkehrssicherung und der unmittelbaren Daseinsvorsorge Vorrang, insbesondere
Baumpflege und Baumkontrollen,
Spiel- und Bolzplätze,
stark frequentierte Parkanlagen sowie Grünflächen an Schulen und Kitas.
3. Die Schaffung neuer Grün-, Spiel- oder Freizeitflächen setzt künftig voraus, dass die laufenden Pflege- und Folgekosten dauerhaft im Haushalt abgesichert sind. Neue Flächen dürfen nicht zulasten der Pflege bestehender Anlagen gehen.
4. Für ein adäquates Niveau in der Grünpflege besteht ein Mehrbedarf von jährlich 2,1 Mio. EUR mehr an konsumtiven Mitteln. Diese sind im Haushalt 2026/2027 bereitzustellen und regelmäßig anzupassen.
5. Um die Handlungsfähigkeit des Grünflächenamtes zu gewährleisten, sind in künftigen Stellenplänen 5 neue Stellen für operative Tätigkeiten in der Baumpflege erforderlich. Der Bereich Spielplatzpflege braucht 4 Stellen mehr. Im planerischen Bereich sollten 3 Stellen mehr geschaffen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind im Rahmen der Haushalts- und Stellenplanberatungen 2026/27 eine aufgabenbezogene Prioritätenprüfung vorzunehmen, mit klarem Fokus auf Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge (u. a. Verkehrssicherung, Baumpflege, Spielplatzsicherheit). Die zusätzlichen Stellen im Grünflächenamt sind vorrangig durch interne Umschichtungen, kw-Vermerke und natürliche Fluktuation abzusichern. Dem Rat ist bis zur Einbringung des Haushalts- und Stellenplans 2028 darzustellen, in welchen Bereichen strukturelle Spielräume für eine Stärkung operativer Aufgaben bestehen.
6. Im Gegenzug erfolgen Stelleneinsparungen in anderen Ämtern, die nicht essentiell für die Daseinsvorsorge sind und/ oder personell besser ausgestattet sind.
7. Um künftig die Basis-Pflege der wichtigsten Grünflächen, Spiel- und Sportplätze sowie Gewässer durch Fremdfirmen in den Stadtbezirken zu gewährleisten, wird ein verbindlicher Pflegeplan erstellt und mit den entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt.
8. Bei der Bewässerung des Stadtgrüns wird künftig nach dem Vorbild anderer Städte stärker auf digitale Möglichkeiten gesetzt. Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die sich als Baum-, Spielplatz-, Brunnen- oder Gewässer Paten engagieren wollen, wird durch geeignete Informations- und Werbekampagnen sukzessive erhöht.

Gez. Babette Lichtenstein van Lengerich und Fraktion

Anlage: Die Pflege beim Grünflächenamt in Zahlen

- 1. Grünflächen: rund 1000 Hektar, davon**
 - a. 396 ha öffentliche Grünflächen
 - b. 50 ha Spielplätze
 - c. 40 ha Rad- und Wanderwege
 - d. 174 ha Biotop- und Ausgleichsflächen
 - e. 103 ha Straßengrün
 - f. 32 ha Grün an Schulen
 - g. 7 ha Außen- und Spielflächen bei Kindergärten
 - h. 34 ha Grün an anderen Gebäuden / Einrichtungen
 - i. 41 ha städtische Sporteinrichtungen sowie
 - j. 76 ha an Vereine übertragene Sporteinrichtungen
 - k. 99 ha städtische Friedhöfe
 - l. 2 ha Kriegsgräberstätten
- 2. . Wald: rund 90 Hektar, davon**
 - a. 570 ha Stadt MS
 - b. 345 ha Stadtwerke MS
 - c. 11 ha Stiftung Siverdes
- 3. . 207.000 Bäume, davon**
 - a. 60.000 an Straßen
 - b. 90.000 in Parks
 - c. 57.000 auf weiteren städtischen Grundstücken
- 4. 320 Spiel- und Sportplätze**
- 5. 3.000 Bänke**

Bei der anschließenden Abstimmung wurden dieser Antrag der CDU-Fraktion mit 15 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 6 Fürstimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Produktgruppe 1303 – Natur, Landschaft, Erholung, Wasser
Haushaltsplanentwurf S. 475, Zeile 15, Transferaufwendungen

Zur Förderung verschiedener Naturschutzprojekte der NABU Naturschutzstation Münsterland lagen zwei Haushaltsanträge vor:

Haushaltsantrag NABU Naturschutzstation Münsterland vom 12.02.2026

Antrag auf Förderung der Kofinanzierung bestimmter Naturschutzprojekte als Pflichtaufgabe der kreisfreien Städte:

34.645,80 € in 2026

34.248,85 € in 2026

68.894,65 € gesamt

Haushaltsantrag	NABU	Naturschutzstation	Münsterland	vom 12.02.2026
Förderung		verschiedener		Naturschutzprojekte:
34.350,50		€	in	2026
36.018,00		€	in	2027
70.368,50 € gesamt				

Hierzu wurden folgende Änderungsanträge gestellt:

gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt zu beiden Anträgen:**Fortführung versch. Naturschutzprojekte (ohne 10%-ige Kürzung)**

Veränderung des Ergebnisplans:

+ 6.896,30 € in 2026

+ 7.389,03 € in 2027

+ 7.500,00 € in 2028 - 2030

Anträge der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP zu beiden Haushaltsanträgen:

Mittel sollen in beantragter Höhe zur Verfügung gestellt werden.

Antrag der CDU-Fraktion:

Keine Erhöhung der bereits veranschlagten Haushaltsansätze:

62.100 € in 2026

62.860 € in 2027

Zunächst wurde über den weitestgehenden Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt abgestimmt. Dieser wurde mit 12 Ja-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 9 Gegenstimmen (Fraktionen CDU, FDP, Die Linke) mehrheitlich angenommen.

Die Anträge der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wurde aufgrund der weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung zurückgezogen.

Abschließend wurde der Antrag der CDU-Fraktion mit 15 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 6 Fürstimmen der CDU mehrheitlich abgelehnt.

Zur Förderung des Streuobstwiesenschutzes lag folgender Haushaltsantrag vor:

**Haushaltsantrag NABU Münster e.V. vom 24.11.2025
Projekt Obstwiesenschutz**

29.500,00 € in 2026
30.300,00 € in 2027

Dazu wurden verschiedene politische Anträge gestellt:

gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt
Veränderung Sparliste Nr. 60/ Rücknahme Kürzung Streuobstwiesenschutz

Veränderung des Ergebnisplans:

+ 3.190 € in 2026
+ 3.690 € in 2027
+ 4.000 € in 2028 - 2030

Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:

Mittel sollen in beantragter Höhe zur Verfügung gestellt werden.

Antrag der CDU-Fraktion:

Keine Erhöhung der bereits veranschlagten Haushaltsansätze:

26.310 € in 2026
26.610 € in 2027

Zuerst wurde über den weitestgehenden Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt abgestimmt. Dieser wurde mit 14 Ja-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 7 Gegenstimmen (Fraktionen CDU, FDP) mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wurde aufgrund der weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung zurückgezogen.

Zuletzt wurde der Antrag der CDU-Fraktion mit 14 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 7 Ja-Stimmen der CDU und der FDP mehrheitlich abgelehnt.

Zum Projekt „Münster summt auf“ der NABU Naturschutzstation Münsterland lagen folgende Änderungsanträge vor:

gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne, SPD, Volt:

Veränderung Sparliste Nr. 60 / Rücknahme Kürzung Münster summt auf

Veränderung des Ergebnisplans:

+ 2.403 € in 2026 (Anm.: Summe Veränderung + Planansatz: 33.013 €)

+ 1.783 € in 2027 (Anm.: Summe Veränderung + Planansatz: 33.013 €)

Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 2):

Förderung des Projekts "Münster summt auf" der NABU Naturschutzstation Münsterland in Höhe der bereits veranschlagten Haushaltsansätze:

30.610 € in 2026

31.230 € in 2027

Zunächst stimmte das Gremium über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt ab. Dieser wurde mit 13 Ja-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke) bei 8 Gegenstimmen (Fraktionen CDU, FDP, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit 13 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke) bei 8 Fürstimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurde der Haushaltsantrag vom TSV Nestwerk Münsterland e.V. behandelt:

Haushaltsantrag TSV Nestwerk Münsterland e.V. vom 15.09.2025

Förderantrag zur Verbesserung der Wildtierhilfe im Stadtgebiet:

50.000 € jeweils in 2026 und 2027

Hierzu stellten die Fraktionen verschiedene Anträge:

Antrag der Fraktion Die Linke:

Trägerantrag wird vollumfänglich aufgegriffen

Antrag der CDU-Fraktion:

30.000 € jeweils in 2026 und 2027

Begründung: CDU fördert Ehrenamt im Tierschutz (Wahlprogramm)

**gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt
Unterstützung der Wildtierhilfe**

20.000 € jeweils in 2026 und 2027

Zuerst ließ Frau Praetzel über den weitestgehenden Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen. Er wurde mit 18 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 1 Enthaltungen (Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 2 Ja-Stimmen der Fraktion Die Linke mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde danach mit 12 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP) bei 1 Enthaltung (Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend wurde über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt abgestimmt. Dieser wurde mit 11 Fürstimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt) bei 7 Enthaltungen (CDU-Fraktion, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 3 Gegenstimmen (Fraktionen FDP, Die Linke) mehrheitlich angenommen.

Danach lag folgender Haushaltsantrag vor:

Antrag der Aktiven Wildtierhilfe Münster AWHM (e.V. in Gründung) v. 27.09.2025

Antrag auf Förderung der aktiven Wildtierhilfe in Münster

25.000 € jeweils in 2026 und 2027

Dazu wurden zwei politische Anträge gestellt:

Antrag der CDU-Fraktion:

20.000 € jeweils in 2026 und 2027

Begründung: CDU fördert Ehrenamt im Tierschutz (Wahlprogramm)

gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt:

Unterstützung der Wildtierhilfe

15.000 € jeweils in 2026 und 2027

Zuerst wurde über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt. Er wurde mit 12 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP) bei 3 Enthaltungen (Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 6 Ja-Stimmen der CDU mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurde der gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt mit 11 Fürstimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt) bei 9 Enthaltungen (CDU, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 1 Gegenstimmen (FDP) mehrheitlich angenommen.

Weiter wurde nachfolgender Haushaltsantrag behandelt:

Haushaltsantrag Stiftung Westfälische Kulturlandschaft vom 03.02.2026

Förderung des landwirtschaftlichen Biodiversitätsprojektes "Natur de Buur-Münster 2.1"

12.200 € jeweils in 2026 und 2027

Es lagen dazu zwei Änderungsanträge vor:

Antrag der CDU-Fraktion hierzu in gleicher Höhe:

12.200 € jeweils in 2026 und 2027

gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt:

Veränderung Sparliste Nr. 60 / Rücknahme Kürzung Natur de Buur

Veränderung des Ergebnisplans:

+ 910 € in 2026

+ 910 € in 2027

Zuerst wurde über den weitergehenden Antrag zur Mittelbereitstellung für das Projekt „Natur de Buur 2.1“ der CDU-Fraktion abgestimmt. Er wurde mit 12 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP) bei 3 Enthaltungen (Fraktion Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Danach wurde der gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt zur Rücknahme des Sparvorschlags Nr. 60 mit 17 Fürstimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU) bei 3 Enthaltungen (Fraktion Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 1 Gegenstimmen (FDP-Fraktion) mehrheitlich angenommen.

Produktgruppe 1401 – Übergreifender Umweltschutz
Haushaltsplanentwurf S. 498, Zeile 15, Transferaufwendungen

Für die Produktgruppe 1401 wurde zunächst folgender Haushaltsantrag behandelt:

Haushaltsantrag B-Side Kultur e.V.

Antrag auf die kommunale Förderung von drei Teilzeitstellen (je 0,5 VZÄ) zum Betrieb der offenen Hansawerkstatt in der B-Side am Mittelhafen für die Jahre 2027/28 u. Folgende.

103.000 € jeweils in 2026 - 2031

Dazu lagen vier Änderungsanträge vor:

Antrag der Fraktion Die Linke:

Trägerantrag wird vollumfänglich aufgegriffen

Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP hierzu:

103.000 € jeweils in 2027 - 2030

gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt:
Unterstützung Hansawerkstatt der B-Side Kultur e.V.

Veränderung des Ergebnisplans:

+ 33.000 € in 2026

+ 70.000 € in 2027 - 2030 €

Antrag der CDU-Fraktion:

gehört nicht in AUKB, Verweis in Soziales oder Kultur, Geld anderweitig verwenden

Zuerst ließ Frau Praetzel über den weitestgehenden, dem Trägerantrag entsprechenden Haushaltsantrag, der Fraktion Die Linke abstimmen. Er wurde mit 18 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 1 Enthaltungen (Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss wurde der Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP mit 18 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 3 Fürstimmen der Fraktion Die Linke und der Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP mehrheitlich abgelehnt.

Danach wurde der gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt mit 13 Ja-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke) bei 8 Gegenstimmen (CDU, FDP, DIE PARTEI/ÖDP) mehrheitlich angenommen.

Abschließend wurde der Antrag der CDU-Fraktion mit 14 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 7 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion, FDP- Fraktion) mehrheitlich abgelehnt.

Nun ließ Frau Praetzel folgenden Antrag behandeln:

Haushaltsantrag NABU-Münsterland gGmbH vom 12.01.2026

Förderung der Kofinanzierung von Bildungsarbeit im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung im Projekt BNE-Regionalzentrum Münster

16.128 € jeweils in 2026 - 2028

Hierzu lagen folgende Anträge der Fraktionen vor:

gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt:
Co-Finanzierung BNE-Regionalzentrum auf Haus Heidhorn

Mittel sollen in beantragter Höhe zur Verfügung gestellt werden.

Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP

Mittel sollen in beantragter Höhe zur Verfügung gestellt werden.

Antrag der CDU-Fraktion:

15.000 € jeweils in 2026 und 2027

Begründung: umweltpädagogische Bildungsarbeit v.a. für Kinder

Zuerst wurde über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt und den betragsgleichen Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP abgestimmt. Er wurde mit 14 Ja-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 7 Gegenstimmen (CDU, FDP) mehrheitlich angenommen.

Anschließend wurde der Antrag der CDU-Fraktion mit 15 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 6 Ja-Stimmen (CDU) mehrheitlich abgelehnt.

Zur Förderung des Verein Münster nachhaltig e.V. lag sowohl ein Haushaltsantrag des Vereins als auch mehrere politische Anträge der Fraktionen vor:

Haushaltsantrag Münster nachhaltig e.V.

Zukünftig soll lt. Antrag des Vereins von einer Trennung der Verwendungszwecke "Förderung der Vereinsarbeit" und "Durchführung des Tages der Nachhaltigkeit" abgesehen werden. Für beide Verwendungszwecke wird insgesamt beantragt:

58.455 € in 2026

58.455 € in 2027

gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne, SPD, Volt:

Unterstützung der Vereinsarbeit und Durchführung der Tage d. Nachhaltigkeit

+ 9.140 € in 2027 - 2030

Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP hierzu:

20.000 € jeweils in 2026 - 2027

Antrag der CDU-Fraktion:

keine Förderung der Vereinsarbeit des Vereins Münster nachhaltig e.V.

Antrag der CDU-Fraktion:

keine Förderung der Veranstaltung "Tag der Nachhaltigkeit"

Zuerst wurde über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt abgestimmt. Er wurde mit 13 Fürstimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke,) bei 1 Enthaltung (Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 7 Gegenstimmen (CDU, FDP) mehrheitlich angenommen.

Im Anschluss wurde der Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP mit 18 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 2 Enthaltungen der Fraktion Die Linke und 1 Gegenstimme der Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurden jeweils mit 14 Gegenstimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 1 Enthaltung (FDP) und 6 Ja-Stimmen (CDU) mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurde der Antrag des Ernährungsrats Münster e.V. behandelt.

Haushaltsantrag Ernährungsrat Münster e.V.

Finanzierung der Geschäftsstelle und der Mitarbeiter*innenstellen

80.000 € in 2026 - 2028

Hierzu lagen verschiedene Anträge der Fraktionen vor:

Ernährungsrat - Antrag der Fraktion Die Linke:

Trägerantrag wird vollumfänglich aufgegriffen

Ernährungsrat - Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP hierzu:

+50.000 € in 2026 - 2028

Ernährungsrat - gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne, SPD, Volt:

Unterstützung der Vereinsarbeit, Projekte und Personalkosten

+ 45.000 € in 2027 und 2028 (45.010 € für 2026 im Haushaltsplanentwurf enthalten)

Ernährungsrat - Antrag der CDU-Fraktion hierzu:

+ 45.000 € in 2026

keine Förderung ab 2027

Zunächst ließ Frau Praetzel über den weitestgehenden Haushaltsantrag der Fraktion Die Linke abstimmen. Er wurde mit 18 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 1 Enthaltungen (Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 2 Fürstimmen der Fraktion Die Linke mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss wurde der Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP mit 18 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 3 Ja-Stimmen der Fraktion Die Linke und der Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP mehrheitlich abgelehnt.

Nun wurde über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt abgestimmt. Dieser wurde mit 14 Ja-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 7 Gegenstimmen (Fraktionen CDU, FDP) mehrheitlich angenommen.

Abschließend wurde der Antrag der CDU-Fraktion mit 15 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Nun rief Frau Praetzel weitere Haushaltsanträge der CDU-Fraktion zur Abstimmung auf.

Antrag der CDU-Fraktion:

Förderung des **Bürgerschaftlichen Engagements** in Höhe der Ansätze in der Haushaltsplanung:

16.220 € in 2026 und 2027

Der Antrag wurde zurückgezogen, da die beantragten Beträge den im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Ansätzen entsprachen und keine weiteren Anträge hierzu vorlagen.

Antrag der CDU-Fraktion:

Förderung des **Emsshofs** in Höhe der Ansätze in der Haushaltsplanung:

53.210 € in 2026 und 2027

Der Antrag wurde zurückgezogen, da die beantragten Beträge den im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Ansätzen entsprachen und keine weiteren Anträge hierzu vorlagen.

Antrag der CDU-Fraktion:

Förderung des Umweltforums minimal kürzen:

80.000 € in 2026

80.000 € in 2027

Dieser Änderungsantrag wurde mit 14 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 6 Ja-Stimmen (CDU) und 1 Enthaltung (FDP) mehrheitlich abgelehnt.

Frau Praetzel stellte nun zwei Änderungsanträge zur Förderung des Vereins Vamos e.V. zur Abstimmung.

Antrag der CDU-Fraktion:

Keine institutionelle Förderung von kommunaler Bildungsarbeit im Bereich "Bildung für nachhaltige Entwicklung" bei Vamos e.V.

Antrag der Fraktion Die Linke:

Der Verwaltungsvorschlag wird aufgegriffen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit 14 Gegenstimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 7 Fürstimmen (CDU, FDP) mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion Die Linke wurde zurückgezogen, da die beantragten Beträge den im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Ansätzen entsprachen und keine weiteren Anträge vorlagen.

Es folgte die Abstimmung über einen weiteren Antrag der CDU-Fraktion:

Antrag der CDU-Fraktion:

Keine Förderung des Projektes „Münsteraner Klimagespräche“

Dieser Antrag der CDU-Fraktion wurde mit 14 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 1 Enthaltung (FDP) und 6 Gegenstimmen (CDU) mehrheitlich abgelehnt.

Im Folgenden wurde über drei Veränderungsblätter der Verwaltung zum Teilplan 1401 beraten:

Veränderungsblatt der Verwaltung:

- 10.000 € jeweils in 2026 und 2027

Verlagerung von Mitteln zur Realisierung von Maßnahmen im Bereich der Klimaanpassung im Rahmen des Hitzeaktionsplanes zum Gesundheits- und Veterinäramt (53) in die Produktgruppe 0701 "Gesundheitsdienste".

Das Veränderungsblatt wurde einstimmig angenommen.

Veränderungsblatt der Verwaltung:

- 56.000 € in 2026

Die Projekte im Bereich "Integriertes Stadtteilkonzept Coerde (InSEK Coerde)" von der Stabsstelle Klima und Amt 64 wurden zusammengelegt. Nach dem Projektstart Ende 2025 wurde entschieden, dass die Federführung bei Amt 64 liegt. Die Ansätze für Fördermittel sollen deshalb dort gebündelt werden. Amt 64 fertigt ein korrespondierendes Veränderungsblatt zur Beschlussfassung im AWSS.

Das Veränderungsblatt wurde einstimmig angenommen.

Veränderungsblatt der Verwaltung:

- 104.000 € in 2026

Die Projekte im Bereich "Integriertes Stadtteilkonzept Coerde (InSEK Coerde)" von der Stabsstelle Klima und Amt 64 wurden zusammengelegt. Nach dem Projektstart Ende 2025 wurde entschieden, dass die Federführung bei Amt 64 liegt. Die Finanzmittel sollen deshalb dort gebündelt werden. Amt 64 fertigt ein korrespondierendes Veränderungsblatt zur Beschlussfassung im AWSS.

Das Veränderungsblatt wurde einstimmig angenommen.

Zu allen Fördermaßnahmen in der Verantwortung des Amtes für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit (Teilpläne 1303 und 1401) lag folgender Änderungsantrag vor:

Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:**Maßnahme 60 zur Finanzstabilität (V/0637/2025)**

Reduzierung der Zuschüsse des Amtes für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit um 10%

48.000 € in 2026

41.000 € in 2027

34.000 € in 2028

Diese Maßnahme soll nicht umgesetzt werden.

Der Antrag wurde mit 18 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 3 Fürstimmen der Fraktion Die Linke und der Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP mehrheitlich abgelehnt.

Zuletzt wurde für die Ergebnisplanung folgender Änderungsantrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP behandelt. Die Beratung im AUKB erfolgte nach den Ausführungen von Frau Praetzel nachrichtlich aufgrund seiner Bezüge zum Themenbereich Nachhaltigkeit.

Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:**Maßnahme 70 zur Finanzstabilität (V/0637/2025)**

Streichung der Förderung der Initiative "Münster isst veggie"

5.000 € in 2028

Diese Maßnahme soll nicht umgesetzt werden.

Der Antrag wurde mit 18 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 2 Enthaltungen der Fraktion Die Linke und 1 Fürstimme der Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurden die Änderungen in der Teilfinanzplanung in der Zuständigkeit des AUKB beraten.

Produktgruppe 1301 - Grün- und Freiflächen

Zur Produktgruppe 1301 lagen zunächst zwei Veränderungsblätter der Verwaltung vor:

Band 1, Seite 707**Maßnahmenziffer 5940 - ÖG Grünzug am Canisiusweg, Gewässersanierung**

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlungen
Saldo Alt	-360.000	0	0	0	0	0	-360.000	-720.000
+ / -	160.000	0	0	0	0	0	-	160.000
Saldo Neu	-200.000	0	0	0	0	0	-360.000	-560.000

Anpassung an die aktuelle Planung zur "Sanierung Brunnen Lambertikirchplatz" (Deckung des Mehrbedarfs laut Vorlage V/0099/2026).

Der Ausschuss beschloss das Veränderungsblatt bei einer Enthaltung (Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) einstimmig.

Band 1, Seite 708

Maßnahmenziffer 5990 - San. Brunnen Lambertikirchplatz

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlungen
<i>Einzahlung</i>	250.000	0	0	0	0	0	120.000	370.000
<i>Auszahlung</i>	250.000	0	0	0	0	0	110.857	360.857
Saldo Alt	0	0	0	0	0	0	9.143	9.143
+ / -	-160.000	0	0	0	0	0	-	-160.000
Saldo Neu	-160.000	0	0	0	0	0	9.143	-150.857
Anpassung an die aktuelle Planung zur "Sanierung Brunnen Lambertikirchplatz" (Mehrbedarf laut Vorlage V/0099/2026).								

Der Ausschuss beschloss das Veränderungsblatt bei einer Enthaltung (Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) einstimmig.

Anschließend wurde über die Beschlüsse der Bezirksvertretungen zur Verteilung der frei verfügbaren Mittel zu Gunsten der Sanierung von Spielplätzen abgestimmt.

Band 1, Seite 710

Maßnahmenziffer 7100 - Sanierung von Spielplätzen; Bezirk Mitte

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlungen
Saldo Alt	-66.450	-66.450	-66.450	-66.450	-66.450	-66.450	-3.658.028	-4.056.728
+ / -	-148.050	-148.050	0	0	0	0	-	-296.100
Saldo Neu	-214.500	-214.500	-66.450	-66.450	-66.450	-66.450	-3.658.028	-4.352.828
Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Mitte vom 18.02.2026: Aufteilung der frei verfügbaren Mittel zu Gunsten der Sanierung von Spielplätzen.								

Der Beschluss wurde einstimmig angenommen.

Band 1, Seite 710

Maßnahmenziffer 7200 - Sanierung von Spielplätzen; Bezirk Nord

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlungen
Saldo Alt	-26.450	-26.450	-26.450	-26.450	-26.450	-26.450	-1.037.673	-1.196.373
+ / -	-18.550	-18.550	0	0	0	0	-	-37.100
Saldo Neu	-45.000	-45.000	-26.450	-26.450	-26.450	-26.450	-1.037.673	-1.233.473
Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 24.02.2026: Aufteilung der frei verfügbaren Mittel zu Gunsten der Sanierung von Spielplätzen.								

Der Beschluss wurde einstimmig angenommen.

Band 1, Seite 710**Maßnahmenziffer 7400 - Sanierung von Spielplätzen; Bezirk Südost**

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlungen
Saldo Alt	-23.870	-23.870	-23.870	-23.870	-23.870	-23.870	-1.072.870	-1.216.090
+ / -	-26.870	-26.870	0	0	0	0	-	-53.740
Saldo Neu	-50.740	-50.740	-23.870	-23.870	-23.870	-23.870	-1.072.870	-1.269.830
Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Südost vom 24.02.2026: Aufteilung der frei verfügbaren Mittel zu Gunsten der Sanierung von Spielplätzen.								

Der Beschluss wurde einstimmig angenommen.

Band 1, Seite 711**Maßnahmenziffer 7500 - Sanierung von Spielplätzen; Bezirk Hiltrup**

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlungen
Saldo Alt	-30.970	-30.970	-30.970	-30.970	-30.970	-30.970	-1.210.006	-1.395.826
+ / -	-45.000	-45.000	0	0	0	0	-	-90.000
Saldo Neu	-75.970	-75.970	-30.970	-30.970	-30.970	-30.970	-1.210.006	-1.485.826
Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 26.02.2026: Aufteilung der frei verfügbaren Mittel zu Gunsten der Sanierung von Spielplätzen.								

Der Beschluss wurde einstimmig angenommen.

Band 1, Seite 711**Maßnahmenziffer 7600 - Sanierung von Spielplätzen; Bezirk West**

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlungen
Saldo Alt	-36.770	-36.770	-36.770	-36.770	-36.770	-36.770	-1.857.595	-2.078.215
+ / -	-70.000	-70.000	0	0	0	0	-	-140.000
Saldo Neu	-106.770	-106.770	-36.770	-36.770	-36.770	-36.770	-1.857.595	-2.218.215
Beschluss der Bezirksvertretung Münster-West vom 26.02.2026: Aufteilung der frei verfügbaren Mittel zu Gunsten der Sanierung von Spielplätzen.								

Der Beschluss wurde einstimmig angenommen.

Produktgruppe 1304 - Fließende Gewässer

Zur Produktgruppe 1304 lag ein Veränderungsblatt der Verwaltung vor:

Band 1, Seite 630**Maßnahmenziffer 4268 – Aaseesanieung**

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein- / Auszahlungen
Saldo Alt	-200.000	- 200.000	0	0	0	-1.200.000	-531.597	-2.131.597
+ / -	0	0	-30.000	-30.000	-30.000	0	-	-90.000
Saldo Neu	-200.000	- 200.000	-30.000	-30.000	-30.000	-1.200.000	-531.597	-2.221.597
Anpassung an die aktuelle Planung zur "Fortführung Resilienzstrategie und Handlungskonzept für den Aasee" (Mehrbedarf laut Vorlage V/0675/2025).								

Der Ausschuss beschloss das Veränderungsblatt einstimmig.

Produktgruppe 0111 – Immobilienmanagement

(Doppelzuständigkeit AWFLD und AUKB bei Ein- und Auszahlungen für Baumaßnahmen)

Zur Produktgruppe 0111 lag zunächst ein Veränderungsblatt der Verwaltung vor:

Band 1, Seite 693

Maßnahmenziffer 4210 – Maßnahmen zur Energieeinsparung

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein- / Auszahlungen
Saldo Alt	- 1.000.000	- 2.500.000	- 2.500.000	- 3.500.000	- 3.500.000	- 10.000.000	-4.187.614	-27.187.614
+ / -	730.000	1.590.000	0	0	0	0	-	2.320.000
Saldo Neu	-270.000	-910.000	- 2.500.000	- 3.500.000	- 3.500.000	- 10.000.000	-4.187.614	-24.867.614
Anpassung an die aktuelle Planung zum "Umbau und Sanierung der Bestandsgebäude zur Nutzung durch die Gesamtschule Münster-West in Roxel (2. und 5. Teilprojekt)" (Teildeckung des Mehrbedarfs laut Vorlage V/0018/2026).								

Das Veränderungsblatt wurde mit 18 Fürstimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 3 Enthaltungen (Die Linke, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) einstimmig angenommen.

Danach wurde über folgenden Haushaltsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD und Volt beraten:

Band 1, Seite 694

Maßnahmenziffer 4230 – Herstellung Klimaneutralität Gebäude

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	bish. bereitge- stellt inkl. 2025	Gesamtein- / Auszahlungen
Saldo Alt	-11.674.950	-16.330.000	-3.500.000	-3.154.170	-1.000.000	-42.317.299	-77.976.419
+ / -	0	0	-5.000.000	0	0	-	-5.000.000
Saldo Neu	-11.674.950	-16.330.000	-8.500.000	-3.154.170	-1.000.000	-42.317.299	-82.976.419
Energetische Sanierungen Extra Antrag Erhöhung des Ansatzes in 2028 für Planungssicherheit							

Das Veränderungsblatt wurde mit 14 Fürstimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, Die Linke, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) bei 7 Gegenstimmen (CDU, FDP) mehrheitlich angenommen.

Nun lag ein weiteres Veränderungsblatt der Verwaltung zur Abstimmung vor:

Band 1, Seite 695

Maßnahmenziffer 4300 – Bürgerhaus York

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- / Auszahlungen
Saldo Alt	-1.750.000	-2.050.000	352.000	0	0	0	-870.000	-4.318.000
+ / -	0	0	89.000	0	0	0	-	89.000
Saldo Neu	-1.750.000	-2.050.000	441.000	0	0	0	-870.000	-4.229.000
Anpassung an die aktuelle Planung zum "Begegnungs- und Demokratieort im Yorkquartier" (Minderbedarf laut V/0006/2026).								

Das Veränderungsblatt wurde mit 18 Fürstimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 3 Enthaltungen (Fraktion Die Linke, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) einstimmig angenommen.

Produktgruppe 0209 – Brandschutz u. feuerwehrtechnische Hilfeleistungen

(Doppelzuständigkeit APSO und AUKB bei Ein- und Auszahlungen für Baumaßnahmen)

Für diesen Teilplan lag ein Veränderungsblatt der Verwaltung zur Abstimmung vor:

Band 1, Seite 570

Maßnahmenziffer 4830 – Bauk. Neubau Aus- und Fortbildungszentrum

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- / Auszahlungen
Saldo Alt	- 2.000.000	- 2.000.000	-700.000	-500.000	0	0	-100.000	-5.300.000
+ / -	2.000.000	2.000.000	700.000	500.000	0	0	-	5.200.000
Saldo Neu	0	0	0	0	0	0	-100.000	-100.000
Anpassung der Haushaltsansätze 2026-2029 hinsichtlich des "Ankaufs einer Immobilie am Kesslerweg" (Deckung gemäß Vorlage V/0640/2025).								

Das Veränderungsblatt wurde mit 16 Ja-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, 1 CDU, FDP, Die Linke, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) bei 5 Gegenstimmen (CDU) mehrheitlich angenommen.

Produktgruppe 0210 – Rettungsdienst

(Doppelzuständigkeit APSO und AUKB bei Ein- und Auszahlungen für Baumaßnahmen)

Band 1, Seite 574

Maßnahmenziffer 4230 – Baukosten prov. Rettungswache Roxel

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein-/ Auszahlungen
Saldo Alt	-500.000	0	0	0	0	0	0	-500.000
+ / -	27.000	0	0	0	0	0	-	27.000
Saldo Neu	-473.000	0	0	0	0	0	0	-473.000
Anpassung des Haushaltsansatzes nach aktueller Kostenermittlung nach DIN 276 (Minderbedarf laut Vorlage V/0023/2026).								

Der Ausschuss beschloss das Veränderungsblatt einstimmig.

Produktgruppe 0301 – Amt für Schule und Weiterbildung

(Doppelzuständigkeit ASW und AUKB bei Ein- und Auszahlungen für Baumaßnahmen)

Zu dieser Produktgruppe wurden sechs Veränderungsblätter der Verwaltung eingebracht, die nacheinander abgestimmt wurden.

Band 1, Seite 639

Maßnahmenziffer 4720 – Planungs- und Baukosten Erw. Schulgebäude

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	Spätere Jahre	bish. be- reit-gestellt inkl. 2025	Gesamtein-/ Auszahlungen
Saldo Alt	-25.849.210	-41.612.000	-13.388.870	-5.657.800	0	0	-9.009.490	-95.517.370
+ / -	18.849.210	20.612.000	3.388.870	1.287.920	0	0	-	44.138.000
Saldo Neu	-7.000.000	-21.000.000	-10.000.000	-4.369.880	0	0	-9.009.490	-51.379.370
Anpassung an die aktuelle Planung zum "Umbau und Sanierung der Bestandsgebäude zur Nutzung durch die Gesamtschule Münster-West in Roxel (2. und 5. Teilprojekt)" (Teildeckung des Mehrbedarfs laut Vorlage V/0018/2026).								

Das Veränderungsblatt wurde bei 2 Enthaltungen (Fraktion Die Linke) einstimmig beschlossen.

Band 1, Seite 639

Maßnahmenziffer 4720 – Planungs- und Baukosten Erw. Schulgebäude

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein-/ Auszahlungen
Saldo Alt	-25.849.210	-41.612.000	-13.388.870	-5.657.800	0	0	-9.009.490	-95.517.370
+ / -	18.849.210	20.612.000	3.388.870	1.287.920	0	0	-	44.138.000
Saldo Neu	-7.000.000	-21.000.000	-10.000.000	-4.369.880	0	0	-9.009.490	-51.379.370
Anpassung an die aktuelle Planung zum "Umbau und Sanierung der Bestandsgebäude zur Nutzung durch die Gesamtschule Münster-West in Roxel (2. und 5. Teilprojekt)" (Teildeckung des Mehrbedarfs laut Vorlage V/0018/2026).								

Das Veränderungsblatt wurde bei 2 Enthaltungen (Fraktion Die Linke) einstimmig beschlossen.

Band 1, Seite 639**Maßnahmenziffer 4780 – Neubau Grundsch. Konversionsgebiet York**

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein-/ Auszahlungen
Saldo Alt	-4.540.880	-300.000	0	0	0	0	-40.990.232	-45.831.112
+ / -	2.337.350	0	0	0	0	0	-	2.337.350
Saldo Neu	-2.203.530	-300.000	0	0	0	0	-40.990.232	-43.493.762
Minderkosten bei der Maßnahme 4780 "Neubau Grundsch. Konversionsgebiet York" ermöglichen die Deckung der Mehrkosten bei der Maßnahme 4970 "Erweiterung Ludgerusschule Hilstrup".								

Das Veränderungsblatt wurde bei 2 Enthaltungen (Fraktion Die Linke) einstimmig beschlossen.

Band 1, Seite 644**Maßnahmenziffer 4970 – Erweiterung Ludgerusschule Hilstrup**

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein-/ Auszahlungen
Saldo Alt	-2.513.000	-550.000	0	0	0	0	-15.149.650	-18.212.650
+ / -	-2.200.000	-137.350	0	0	0	0	-	-2.337.350
Saldo Neu	-4.713.000	-687.350	0	0	0	0	-15.149.650	-20.550.000
Die Maßnahme verursacht Mehrkosten u. a. durch die Umsetzung von notwendigen Bauunterhaltungsmaßnahmen, die notwendige statische Ertüchtigung des Bestandes und umfangreiche Grundleistungssanierungen. Deckung der Mehrkosten durch Minderkosten bei der Maßnahme 4780 „Neubau Grundsch. Konversionsgebiet York“.								

Das Veränderungsblatt wurde einstimmig beschlossen.

Band 1, Seite 642**Maßnahmenziffer 4890 – Neubau Matthias-Claudius-Schule Handorf**

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein-/ Auszahlungen
Saldo Alt	0	0	0	0	0	-53.779.640	-517.359	-54.296.999
+ / -	-668.790	-13.500.000	-14.985.930	-744.660	0	53.779.640	-	23.880.260
Saldo Neu	-668.790	-13.500.000	-14.985.930	-744.660	0	0	-517.359	-30.416.739
Anpassung an die aktuelle Planung zum "Neubau eines 3-zügigen Schulgebäudes für die Matthias-Claudius-Schule Handorf" (Mehrbedarf laut Vorlage V/0033/2026).								

Das Veränderungsblatt wurde einstimmig beschlossen.

Band 1, Seite 647**Maßnahmenziffer 6040 – Gesamtschule Münster-West**

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein-/Auszahlungen
Saldo Alt	-4.515.000	-9.500.000	-2.738.240	0	0	-3.381.985	-20.135.225
+ / -		-10.271.000	-15.931.000	-17.426.000	-2.830.000	-	-46.458.000
Saldo Neu	-4.515.000	-19.771.000	-18.669.240	-17.426.000	-2.830.000	-3.381.985	-66.593.225
Anpassung an die aktuelle Planung zum "Umbau und Sanierung der Bestandsgebäude zur Nutzung durch die Gesamtschule Münster-West in Roxel (2. und 5. Teilprojekt)" (Mehrbedarf laut Vorlage V/0018/2026).							

Das Veränderungsblatt wurde bei 1 Nein-Stimme (FDP-Fraktion) mehrheitlich beschlossen.

Produktgruppe 0801 – Sportamt

(Doppelzuständigkeit SPA und AUKB bei Ein- und Auszahlungen für Baumaßnahmen)

Für diese Produktgruppe lag zuerst ein Veränderungsblatt der Verwaltung vor:

Band 1, Seite 668

Maßnahmenziffer 4380 – Beachvolleyballhalle

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein-/Auszahlungen
Saldo Alt	-1.596.900	2.300.550	0	0	0	0	-2.563.396	-1.859.746
+ / -	-174.050	-2.300.550	0	0	0	0	-	-2.474.600
Saldo Neu	-1.770.950	0	0	0	0	0	-2.563.396	-4.334.346
Anpassung der Haushaltsansätze an die aktuelle Planung zum "Neubau einer Beachvolleyballhalle" (gem. Bau-beschluss V/0670/2025).								

Das Veränderungsblatt wurde bei 2 Enthaltungen (Fraktion Die Linke) einstimmig beschlossen.

Nun wurde über einen Antrag der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup abgestimmt:

Band 1, Seite 668

Maßnahmenziffer 4450 – Mehrzweckhalle Amelsbüren

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein-/Auszahlungen
Saldo Alt	0	0	0	-500.000	-1.995.000	0	-223.010	-2.718.010
+ / -	0	- 500.000	-1.995.000	500.000	1.995.000	0	-	0
Saldo Neu	0	- 500.000	-1.995.000	0	0	0	-223.010	-2.718.010
Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 26.02.2026, die Planansätze 2029 und 2030 zur Investitionsmaßnahme "Mehrzweckhalle Amelsbüren" zeitlich um jeweils zwei Jahre vorzuziehen.								
Der Sportausschuss hat in seiner Sitzung am 03.03.2026 den Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 26.02.2026 nicht aufgegriffen.								

Der Antrag wurde mit 14 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP, Die Linke) bei 1 Enthaltung der Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP und 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Band 1, Seite 670**Maßnahmenziffer 4650 – Sportanlage Große Wiese**

Zu dieser Maßnahme lagen ein Veränderungsblatt der Verwaltung und ein Änderungsantrag der Bezirksvertretung Münster-Nord vor.

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein-/ u. Auszahlun- gen
Saldo Alt	-750.000	-3.087.500	0	0	0	0	-300.000	-4.137.500
+ / -		2.087.500	-2.087.500	0	0	0	-	0
Saldo Neu	-750.000	-1.000.000	-2.087.500	0	0	0	-300.000	-4.137.500
Der Baubeginn der Investitionsmaßnahme "Sportanlage Große Wiese" verschiebt sich um ein Jahr von 2027 auf 2028.								

Das Veränderungsblatt wurde vom Gremium mit 13 Ja-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP, Die PARTEI/ÖDP) bei 2 Enthaltungen (Fraktion Die Linke) und 6 Gegenstimmen (CDU-Fraktion) mehrheitlich angenommen.

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlun- gen
Saldo Alt	-750.000	-1.000.000	-2.087.500	0	0	0	-300.000	-4.137.500
+ / -	0	-2.087.500	2.087.500	0	0	0	-	0
Saldo Neu	-750.000	-3.087.500	0	0	0	0	-300.000	-4.137.500
Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 24.02.2026, die vorgeschlagene Veränderung der Verwaltung zur Investitionsmaßnahme "Sportanlage Große Wiese" (Position 15 der Veränderungsliste) nicht aufzugreifen.								
Der Sportausschuss hat in seiner Sitzung am 03.03.2026 den Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 24.02.2026 nicht aufgegriffen.								

Anschließend wurde der Änderungsantrag der Bezirksvertretung Münster-Nord mit 15 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP, Die Linke, Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) bei 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Band 1, Seite 671**Maßnahmenziffer 4710 – Kunstrasen Amelsbüren**

Nachfolgend wurde über einen Änderungsantrag der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup entschieden.

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereit- gestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlun- gen
Saldo Alt	0	0	0	-300.000	-1.300.000	0	0	-1.600.000
+ / -	0	-300.000	-1.300.000	300.000	1.300.000	0	-	0
Saldo Neu	0	-300.000	-1.300.000	0	0	0	0	-1.600.000
Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 26.02.2026, die Planansätze 2029 und 2030 zur Investitionsmaßnahme "Kunstrasen Amelsbüren" zeitlich um jeweils zwei Jahre vorzuziehen.								
Der Sportausschuss hat in seiner Sitzung am 03.03.2026 den Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 26.02.2026 nicht aufgegriffen.								

Der Antrag wurde bei der anschließenden Abstimmung mit 14 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, SPD, Volt, FDP, Die Linke) bei 1 Enthaltung (Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP) und 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Produktgruppe 1504 – Öffentliche Toilettenanlagen

(Doppelzuständigkeit APSO und AUKB bei Ein- und Auszahlungen für Baumaßnahmen)

Zu dieser Produktgruppe lag ein Veränderungsblatt der Verwaltung vor.

Jahr	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Planung 2028	Planung 2029	Planung 2030	spätere Jahre	bish. bereitgestellt inkl. 2025	Gesamtein- u. Auszahlungen
Saldo Alt	0	0	0	0	0	0	-500.000	-500.000
+ / -	-499.000	-822.000	0	0	0	0	-	-1.321.000
Saldo Neu	-499.000	-822.000	0	0	0	0	-500.000	-1.821.000
Anpassung der Haushaltsansätze 2026 und 2027 zur Umsetzung des Toilettenkonzeptes der Stadt Münster gem. V/0443/2025. Bau von zwei Toilettenanlagen in 2026, Bau von drei weiteren Toilettenanlagen in 2027.								

Das Veränderungsblatt wurde einstimmig beschlossen.

Abschließend ließ Frau Praetzel über den so geänderten Haushaltsplanentwurf in der Beratungszuständigkeit des AUKB abstimmen. Der Ausschuss empfahl dem Rat die Annahme mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen (7 Bündnis 90/Die Grünen/GAL, 3 SPD, 1 Volt, 1 DIE PARTEI/ÖDP) bei 7 Nein-Stimmen (6 CDU, 1 FDP) und 2 Enthaltung (Die Linke).

Punkt 7 der Tagesordnung

Beantwortung von Anfragen und Beratung von Anträgen

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Gez.
Dr. Leandra Praetzel
Vorsitz

Gez.
Claudia Lambert
Schriftführung